

REZENSIONEN

Das Leck im Labor und die Politisierung des Nichtwissens

Peter Wehling: Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 2006, 364 S., ISBN 978-3896-69606-9, € 39,00

Rezension von Christian Büscher, ITAS

Das Thema „Nichtwissen“ ist für den Kontext von Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse von übergeordnetem theoretischem Interesse. Wenn TA anstrebt, Folgen abzuschätzen, die erst in der Zukunft anfallen, und Systemzustände zu beschreiben, die erst in der Zukunft Realität sein werden und von denen man in beiden Fällen im Jetzt nichts wissen kann, dann kann (oder muss) TA ihre Anstrengungen an zweierlei Fragestellungen ausrichten: Erstens, wie TA trotz Nichtwissen über in Zukunft mögliche Folgen und Systemzustände wissenschaftlich begründete, an spezifischen Theorien und Methoden orientierte Aussagen treffen kann, und zweitens, wie Gesellschaft mit Nichtwissen umgeht. Peter Wehlings Buch „Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens“ wendet sich dem Letzteren zu.¹

1 Nichtwissen als Forschungsthema

Überlegungen zu Nichtwissen faszinieren ökonomische und soziologische Forschungen seit jeher. Dreh- und Angelpunkt ist die Frage, wie Handlungen oder Entscheidungen trotz einer unbekanntem Zukunft, über die man noch nichts wissen kann, sinnvoll, zweckgerichtet oder gar rational sein können. Daran schließt sich sofort die Frage an, was Wissen denn eigentlich ist, wenn man allenfalls aus vergangenen Erfahrungen Schlüsse ziehen, aber niemals über zukünftige Gegenwarten Gewissheit erlangen kann. Frank Knight sah in dem „imperfect knowledge of the future“ das Grundproblem ökonomischer Entscheidungen, das im besten Fall durch Risikokalkulationen mit Hilfe

von Wahrscheinlichkeitsannahmen über mögliche Entscheidungsfolgen überwunden werden könne (1921, III.VII.4). Auch Robert K. Merton geht davon aus, dass es unmöglich sei, mit Gewissheit zukünftige Ereignisse vorauszusagen („to predict with certainty“) und Nichtwissen in jeder Situation eine Möglichkeit darstelle – sei es als Resultat von Ignoranz, wenn zum Beispiel unter Zeitdruck entschieden werden müsse, oder wenn man sich fälschlicherweise auf Erfahrungen verlasse, obwohl die Bedingungen der aktuellen nicht mehr denen der vergangenen Situation entsprächen. Die Vergegenwärtigung von Nichtwissen unterbreitet dem Handelnden dabei die Möglichkeit, dass „unanticipated consequences“ die guten Absichten konterkarieren könnten (Merton 1936).

Auch eine lange Tradition von organisationssoziologischen Forschungen haben die Bedingungen der Möglichkeiten von Rationalität dekonstruiert und nicht „Wissen“ als Entscheidungsgrundlage angenommen, sondern eine Verkürzung der Prüfoperation mit dem Titel „absorption of uncertainty“ (March et al. 1958, S. 165), die auf Verantwortung (der Informationsweitergabe) und Vertrauen in die Richtigkeit der Information rekurriert, ohne diese selbst noch einmal zu prüfen. Nichtwissen wird damit zum allgegenwärtigen Risiko und prinzipiell infinite Prüfoperationen führen möglicherweise zu Entscheidungsblockaden.

In Bezug auf die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft fragt sich Niklas Luhmann, ob noch gesellschaftliche Orte mit „Autorität“ auszumachen seien, von denen aus Wissen als solches, konflikt- oder dissensfrei kommuniziert werden könne, oder ob nicht vielmehr immer auf die Möglichkeit von Nichtwissen hingewiesen würde, vor allem wenn es um gesamtgesellschaftliche Problemstellungen gehe, wie eine ökologische Selbstgefährdung oder den Umgang mit Hochtechnologien, und die daran anschließenden Fragen nach der angemessenen Gefahrenabwehr oder Risikovorsorge. Seine Antwort lautet eindeutig „nein“: „Die Natur ist verstummt. Die Beobachter streiten sich.“ (Luhmann 1992, S. 171) Wissen oder Nichtwissen ist in diesem Sinne Resultat der Attribution von Beobachtern. Potenziell spezifizierbares Nichtwissen eröffnet den Möglichkeitshorizont des Wissbaren, wenn man nur durch ein gesteigertes Auflösevermögen der Wissenschaft lange

und genau genug hinschaut; oder Nichtwissen als prinzipiell nicht spezifizierbar, also die Ahnung, dass viele Zusammenhänge unerkannt bleiben und die Gesellschaft als Katastrophenerfahrung heimsuchen werden. Beide Standpunkte sind nicht mit Gewissheit zu widerlegen (durch wen auch?), bieten aber unterschiedliche kommunikative Anschlüsse: Fortschrittsoptimismus oder kategorische Ablehnung (Japp 1997).

2 Nichtwissen ausgebreitet

Peter Wehling füllt die Lücken dieses Argumentationsganges und wälzt mit dem vorliegenden Buch *Argumente der Wissenssoziologie* (Kap. 2 und 3, spez. ab S. 88ff.), der *Wissenssoziologie* (Kap. 4) und der *Theorien der Gesellschaft* (Kap. 5) in alle erdenklichen Richtungen und in aller Ausführlichkeit aus. Es ist aber schwer zu erkennen, ob er darüber hinaus kommt. Es fällt vor allem auf, dass Wehling keine deutliche Problemperspektive formuliert, die sich durch die Argumentation zieht und die dem Leser deutlich machen würde, zu welchem Problem mit welcher Lösung der Autor beitragen will. Wehling belässt es bei einer Exploration von Perspektiven für die Soziologie, das vollzieht er aber hoch informiert und gründlich (wissentlich des Risikos von Nichtwissen).

Allen oben erwähnten Ansätzen, von ihrer gänzlich unterschiedlichen Theorieanlage abgesehen, ist die Annahme gemein, dass die Differenz von Wissen / Nichtwissen einer Prüfoperation anhängt, die in der Gegenwart vollzogen, ein Mehr oder Weniger an Unsicherheit über mögliche zukünftige Entwicklungen generiert. Anders ausgedrückt, dass die Prüfoperation Kontingenzlasten (Kontingenz verstanden als Verneinung von Unmöglichkeit und Notwendigkeit) verringert oder erhöht, was wiederum die Möglichkeit einer Festlegung konditioniert. Wissen wir genug? Wissen wir, ob wir in naher Zukunft mehr wissen? Oder wissen wir bereits, dass wir stets mit Nichtwissen zu rechnen haben? Wie wird mit diesem Umstand in der Gesellschaft umgegangen? In diesem Sinne bleibt Nichtwissen als Potenzialität eine Reflexionskategorie: Die moderne Gesellschaft erzeugt, verwertet und vergisst Wissen, produziert aber gleichzeitig ein Bewusstsein für Nichtwissen (äquivalent zu Kontingenz- und Risikobewusstsein). In jeder beliebigen Situation kann Wissen

reklamiert werden (z. B. von wissenschaftlichen Experten), aber auch Nichtwissen unterstellt werden (z. B. durch Gegenexperten). In Risikokonflikten kann auf spezifizierbares Nichtwissen (als prinzipiell erreichbar) oder auf nicht-spezifizierbares Nichtwissen (als prinzipiell unerreichbar) zugerechnet werden.

Peter Wehling will über den Status einer Reflexionskategorie hinaus. Eine Soziologie des Nichtwissens hat „es mit der Beobachtung von vielschichtigen und nicht selten konfliktreichen sozialen Prozessen der Konstruktion, Definition, Zuschreibung, Anerkennung, Marginalisierung oder Verdrängung von Nichtwissen (und seinen möglichen Konsequenzen) zu tun“ (S. 30). In dem Buch soll eine Position hergeleitet werden, die einerseits nicht auf die Idee von Wissen als Repräsentation der Welt zurückfällt, die aber andererseits nicht in Richtung der Behauptung von Wissen als alleiniges Ergebnis von Operationen sozialer Systeme überzieht. Seine Argumentation nennt Wehling deshalb eine „postkonstruktivistische Position“ (S. 32; Anführung im Org.; CB). Vieles ist vom Autor in Anführungen formuliert, um nicht in den Verdacht zu geraten, er würde eine Ontologisierung des Nichtwissens vornehmen.² Dennoch stößt man auf Formulierungen wie die „Explosion des Nichtwissens“ (S. 315) oder: „(...) da wissenschaftliche Praktiken (...) auch im Labor keineswegs immer vollständig transparent sind, wird das hierin eingebettete unerkannte Nichtwissen (...) in die natürliche und soziale Umwelt des Labors gleichsam exportiert“ (S. 247). Damit ist von Wehling wohl ein Leck im Labor gemeint, aus dem Nichtwissen austritt und zur Gefahr wird. Schlussendlich spricht der Autor in Kapitel 8 („Reflexive Wissenspolitik in der ‚Wissensgesellschaft‘: Die Politisierung des Nichtwissens“) von einer Art Konfiguration sozialer Kontexte, die nach Wehling viel (wenn nicht alles) bestimmen, was in den jeweiligen Situationen gewusst wird, was gewusst werden soll, was nicht gewusst wird, und warum das unter Umständen zu sozialen Konflikten führt. Dieses soziale „Herumgewürge“ an dem Wissen / Nichtwissen führt nach Wehling am Ende gar zu einer „reflexiven Wissenspolitik“: Mit Bezug auf Ulrich Beck spricht er von einer kontext-spezifischen, dezentralen und polyzentrischen „Subpolitik“, mit der Konsequenz, dass die bisher als unanfechtbar wahrgenommenen

moderne Wissensordnung und ihre Grundlagen zum Gegenstand öffentlicher, politischer Auseinandersetzung werden (S. 331).

3 Kritische Öffentlichkeit

Wehlings Thesen zur Wissenspolitik erscheinen auf der einen Seite plausibel, auf der anderen Seite aber auch überzogen. Stets müssen zur Abstützung der Argumente spektakuläre Themen herangezogen werden, an denen sich dauerhaft und in größerem Maßstab Konflikte entzünden (nukleare Abfälle, BSE, FCKW u. a.) Das allermeiste wissenschaftliche Wissen und die allermeisten technischen Entwicklungen werden in der Gesellschaft jedoch klaglos akzeptiert, obwohl wir nicht wissen, welche Folgen das alles für uns in Zukunft bereithalten wird. Wer die kritische Öffentlichkeit ist, die moderne Wissensordnungen und den Primat der Wissenschaft als „Autorität“ der Wissensproduktion in Frage stellt (S. 331), dass wird nicht angegeben; oder es wird sehr vage auf die Gesellschaft rekurriert („werden gesellschaftlich als beunruhigend und bedrohlich empfunden“, vgl. S. 333). Sind dies eventuell „Betroffene“ in einer spezifischen Situation oder die „Intellektuellen“, die Zeit und Muße aufbringen, über die Konsequenzen nachzudenken, was wir alles nicht wissen? Eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Begriff der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Politisierung wäre hier (aber auch in anderen Arbeiten zum Thema „Wissenspolitik“) hilfreich. Der meines Erachtens soziologisch interessanteste Gedanke ist in den Abhandlungen über das *Nicht-Wissen-Wollen* zu finden (S. 323ff.). Dort wird man als Leser auf vielerlei Themen hingewiesen, in denen die Frage des *Wissenswertes* gestellt wird. Es ist durchaus plausibel, dass auf potenziell erreichbares Wissen verzichtet wird, wenn die Ahnung aufkommt, welche überwältigende Entscheidungslasten Wissen mit sich bringt: Wie soll man entscheiden, wenn pränataldiagnostische Möglichkeiten eine in Wahrscheinlichkeiten ausgedrückte, also eine möglicherweise auftretende schwere Erkrankung des noch nicht geborenen Kindes vorhersagen? Kann ein Recht auf Nichtwissen den Impuls unterdrücken, solche Untersuchungen zur Pflicht zu machen, wenn z. B. Krankenkassen in Zukunft die Deckung der Behandlungskosten verweigern, wenn Kin-

der schwer erkranken und man es doch hätte wissen können? Diese Fragen fielen mir bei der Lektüre des Buches ein. Über einen möglichen Selbstverzicht hinaus spricht Wehling (bezogen auf die prädiktive Gendiagnostik) von einem Recht des Nichtwissens, dass den „Zugriff Dritter – vor allem Arbeitgeber, Versicherungsunternehmen und staatliche Instanzen – auf genetische Informationen über einen bestimmten Menschen ohne dessen ausdrückliche Zustimmung verhindern oder einschränken“ solle (S. 325). Damit würde die Vorstellung eines „schnellstmöglich zu behebenden Informationsrückstands“ zugunsten eines rechtlich durchsetzbaren Verzichts auf Wissen ersetzt.

Gerade Kapitel 7 bietet dem an TA interessierten Leser viele Bausteine einer soziologischen Theorie zu Nichtwissen, die an vielen Beispielen ausgeführt werden. Dies eröffnet den Lesern die Möglichkeit, Anregungen für eigene, an Fallbeispielen orientierte Fragestellungen aus der Lektüre des Buches zu ziehen. Das ist meines Erachtens die Stärke des Buches. Die theoretischen Auseinandersetzungen mit Positionen des operativen Konstruktivismus (vor allem) in Kapitel 6 sollten hingegen mit einer Lektüre der Originaltexte verbunden werden, um einige Folgerungen von Peter Wehling selbst noch einmal zu beurteilen – als Prüfoperation, um festzustellen, auf welcher Seite man sich gerade befindet: Wissen oder Nichtwissen.³

Anmerkungen

- 1) Wissenssoziologische und semantische Analysen sind für unsere Zwecke und in dem Kontext dieser Zeitschrift nachrangig, weshalb sie in dieser Besprechung außen vor bleiben.
- 2) So auch die Kapitelüberschrift auf S. 215: „Die ‚Realitätskonstruktion‘ des (Nicht-) Wissens: Postkonstruktivistische Perspektiven“ (Anf. Im Org.; CB). Diese Diskussion zum Realitätsbezug des Wissens kann hier nicht zur Gänze aufgegriffen werden. Vgl. dafür die Debatte in der Zeitschrift für Soziologie: Wehling 2001, Japp 2002, Wehling 2002 und in dem hier besprochenen Buch, S. 193ff.
- 3) Vgl. dazu Luhmann 1992 und Japp 1997.

Literatur

Japp, K.P., 1997: Die Beobachtung von Nichtwissen. In: Soziale Systeme 3 (1997), S. 289-314

Japp, K.P., 2002: Wie normal ist Nichtwissen? Replik zu Peter Wehling „Jenseits des Wissens?“ In: Zeitschrift für Soziologie 31/5 (2002), S. 435-439

Knight, F.H., 1921: Risk, Uncertainty and Profit. <http://www.econlib.org/library/Knight/knRUP.html> (download 8.10.08)

Luhmann, N., 1992: Ökologie des Nichtwissens. In: Luhmann, N. (Hg.): Beobachtungen der Moderne. Opladen, S. 149-220

March, J.G., Simon, H.A., 1967: Organizations. New York

Merton, R.K., 1936: The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. In: American Sociological Review 6/1 (1936), S. 894-904

Wehling, P., 2001: Jenseits des Wissens? Wissenschaftliches Nichtwissen aus soziologischer Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie 30/6 (2001), S. 465-484

Wehling, P., 2002: Was kann die Soziologie über Nichtwissen wissen? Antwort auf Klaus Japp. In: Zeitschrift für Soziologie 31/5 (2002), S. 440-444

« »

Vertrauen ist gut! Oder ist Kontrolle besser?

Dieter Klumpp, Herbert Kubicek, Alexander Roßnagel, Wolfgang Schulz (Hg.): Informationelles Vertrauen für die Informationsgesellschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag, 2008, 362 S., ISBN 978-3-540-77669-7, € 59,95

Rezension von Karsten Weber, Opole / Polen, Berlin, Cottbus

2008 jagte ein Daten-Super-GAU den nächsten: Erst wurde publik, dass die Telekom Geheimdienst spielte und zu Überwachungsmaßnahmen gegriffen hatte, die jeder Idee von Privatsphäre Hohn sprachen. Der nächste Skandal wurde von vielen gar nicht als solcher wahrgenommen, doch müssen die Aussagen einiger Politiker bedenklich stimmen, deren Empfehlung war, dass der Staat statt dezentraler Datensammlungen bei Unternehmen eine große zentrale Datenbank erstellen solle, um Missbrauch zu vermeiden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Dann gab es noch Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Onlinedurchsuchung und zur Erfassung von Fahrzeugkennzeichen; die Reak-

tionen der abgemahnten Länderinnenminister schwankten zwischen Ignoranz und Sich-bestätigt-Fühlen. Und nun noch der Aufruhr um massive Datendiebstähle, erneut bei der Telekom. Die zweifelhafte Sicherheit von Wahlcomputern, biometrischen Reisepässen und Personalausweisen, die Schönrederei bezüglich der Ergebnisse des großangelegten BKA-Projekts am Mainzer Hauptbahnhof zur biometrischen Identifikation von Personen oder die Never-ending-Story um die Einführung der Gesundheitskarte sind da fast schon Randnotizen. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz mahnt, warnt, wünscht, fordert, droht gar – nur nutzt es nichts. Man möchte vielen Akteuren schlicht den politischen Willen oder die Fähigkeit zur Verbesserung der Situation absprechen. Es wäre also allenthalben Grund genug vorhanden, dass die Bürger der Bundesrepublik Deutschland jegliches Vertrauen in Unternehmen, staatliche Institutionen und Politik verlieren.

1 Vertrauen

Die Autorinnen und Autoren des rezensierten Sammelbandes behandeln Vertrauen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) und in Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten. Sie konstatieren, dass es bei der Nutzung moderner IuK-Technologie eines „Vertrauens“ bedürfe, weil die Prozesse, die beispielsweise bei der Internetnutzung ablaufen, schwer bis gar nicht zu durchschauen seien. Vertrauen wird im Wesentlichen als Kompensation von Wissen angesehen. Daher ist es überraschend, dass in den Beiträgen empirische Befunde eine geringe Rolle spielen, obwohl es hierzu frei zugängliches Material gibt. Zwar ist das „Special Eurobarometer 196 – Wave 60.0“¹ nicht taufrisch, doch da schon seit 2001 Datenschutz und Privatsphäre vom Gesetzgeber eingeschränkt wurden, unterscheidet sich das Erhebungsjahr 2003 bezüglich des Sachverhalts, dass staatliche Institutionen vermehrt Begehrlichkeiten nach personenbezogenen Daten zeigen, nicht wesentlich von heute. Der Studie zufolge seien viele EU-Bürger „sehr besorgt“ oder „etwas besorgt“ darüber, ob ihre Privatsphäre geschützt sei: die Werte in den verschiedenen Ländern schwanken, nimmt man die beiden Ausprägungen zusammen, zwischen